

„Katastrophale Finanzlage“ des deutschen Staates?

Karl Mai - Halle, den 3.9.1999

Der Bundeskanzler und sein Finanzminister sind in letzter Zeit wiederholt mit der Behauptung aufgetreten, die deutsche Finanzlage sei „**katastrophal**“ und folglich sei auch das Kürzungspaket für den Haushalt 2000 **ohne jede Alternative**. Dabei sprachen beide u.a. davon, daß „jede vierte Mark“ von den Steuereinnahmen als Zinslast für die Staatsschuld ausgegeben werden müsse, was eine „unzumutbare Belastung für künftige Generationen“ darstelle.

„Jede vierte Mark“ für Zinsen von Steuern mag für den Bundeshaushalt ab 1999 beinahe korrekt sein, keineswegs aber für die Zeit davor und ebensowenig für den Haushalt aller Gebietskörperschaften bis 1998. Dies geht aus folgenden Angaben eindeutig hervor:

Bundeshaushalt:	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Zinsen des Bundes (Mrd. DM)	53,1	49,7	50,9	53,4	56,3	81,7
Bundessteuereinnahmen	379,0	366,1	338,6	331,1	341,5	371,7
Zins-Steuerquote Bund %	14,0	13,6	15,0	16,1	16,4	22,0

(Quelle: BMF und Deutsche Bundesbank, Monatsberichte)

Bis 1998 war also nur „**jede sechste Mark**“ des Bundes von den Steuereinnahmen für Zinsen auszugeben. Bezieht man die Zinslast auf die Ausgabenseite des Haushalts (nach der jeweiligen Nettokreditaufnahme), liegt der Zinsanteil noch um ca. 4-5 %-Punkte niedriger als gezeigt .

Leider wurde **öffentlich** nicht ausreichend erklärt, **warum ab dem Haushaltsjahr 1999** ein sprunghafter Anstieg der Zins-Steuer-Quote um 5,6 %-Punkte zwingend erfolgt: Die früher von der Kohl-Regierung gebildeten „Schattenhaushalte“ mit ihren Zinslasten wurden per 1.1.1999 in den Bundeshaushalt überführt und erhöhen nun schlagartig die offizielle Zins-Steuer-Quote.

Für den **Gesamthaushalt** des Staates lag bisher die Zins-Steuerquote ebenfalls nicht über der des Bundes:

Gesamthaushalt:	1992	1994	1996	1998
Zinslast (Mrd.DM)	100,9	114,2	130,9	134,0
Steuereinnahmen	731,7	786,2	800,0	833,0
Zins-Steuerquote %	13,7	14,5	16,4	16,1

(Quelle: BMF, Finanzbericht 5/99)

Wie man sieht, zeichnete sich die Zins-Steuer-Quote aller Gebietskörperschaften **bisher** durch eine ähnliche Höhe wie beim Bund aus und war zuletzt auf dem Niveau von etwa „**jede sechste Mark**“. Bundeskanzler und Finanzminister aber sprechen auch rückblickend suggestiv von „jeder vierten Mark“.

Betrachten wir zum Vergleich die Entwicklung der Quote der Steuereinnahmen des Staates am Volkseinkommen gemäß Tabelle auf der Folgeseite:

Sie zeigt, daß die Belastung des Volkseinkommens mit Steuern durch den Staat bisher eine Größe ist, die im Schwankungsbereich von +/- 1 %-Punkten liegt und sich seit 1992 nicht wesentlich verschlechtert hat.

Gesamthaushalt:	1992	1994	1996	1998
Steuereinn. (Mrd. DM)	731,7	786,2	800,0	833,0
Volkseinkommen	2373,8	2510,0	2674,2	2848,1
Steuerquote a. VE %	30,8	31,3	29,9	29,2

(Quelle: BMF, Bundesstatistik)

Aus vorstehenden Daten läßt sich keine dramatische Verschlechterung der Zins- und Steuerbelastung der Volkswirtschaft schlechthin oder generell für die letzten Jahre ableiten.

Eine andere Frage ist die Entwicklung der Kapitaleinkommen (gemäß VGR) im Vergleich zu den Gewinnsteuern und zum Volkseinkommen. Hier zeigen die jährlichen absoluten Zuwächse folgendes:

absolute Zuwächse (Mrd. DM):	1992/93	1993/94	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98
Kapitaleinkommen *	63,3	29,7	29,7	38,9	74,2	75,0
Gewinnsteuern **	- 0,1	- 7,3	- 14,7	+ 4,7	- 1,4	+ 6,8
Volkseinkommen	26,7	109,5	105,1	59,1	72,5	101,4

* Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (VGR) lt. Bundesbankberichte

** Körperschafts-, Kapitalertrags- und veranlagte Einkommensteuern lt. Bundesbankberichte

Diese Angaben verdeutlichen nicht nur die größere absolute Zunahme der Kapitaleinkommen im Vergleich zum jeweils jährlichen Zuwachs des Volkseinkommens in mehreren Jahren, sondern auch die jeweils absolut rückläufigen Gewinnsteuern. Dies gilt insbesondere für den kumulativen Zeitraum von 1992 bis 1998 insgesamt.

Damit dürfte wohl erkennbar sein, daß die derzeitige defizitäre Haushaltslage zu einem umfänglichen Teil auf die Gewinnsteuerepolitik der Kohl-Regierung zurückzuführen ist, die zur Stagnation der absoluten Steuereinnahmen aus dem Kapitaleinkommen geführt hat. Die relative Absenkung der Gewinnsteuern steht ohnehin außer Frage, und sie führte über den Zeitraum der ganzen Kohl-Ära zu stufenweisen Mindereinnahmen von ca. 110 Mrd. DM bezogen auf 1998.

Wenn schon die Zinslast aus der Staatsverschuldung Deutschlands von der Bundesregierung als „katastrophal“ bezeichnet wird, wie schlecht steht es dann um die Finanzen jener Länder, deren laufende Nettozinszahlungen (im Vergleich zum BIP) **weit über den unseren** liegen. In dieser Relation liegt Deutschland 1998 nur bei 3,1 %, während Italien 7,6 %, Belgien 7,1 %, Kanada 5,0 %, Niederlande 4,2 %, Österreich 3,7 %, Spanien 3,8 % und Frankreich 3,2 % ihres BIP mit Zinszahlungen belasteten. (Gemäß BMF-Dokumentation, Finanzbericht 5/99)

Auch mit dem kumulierten Schuldenstand zum BIP lag Deutschland 1998 um 12,4 %-Punkte **unter** dem Durchschnitt der EU-11-Staaten. Belgien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden und Spanien lagen hier deutlich schlechter als Deutschland. (Alle Angaben hierzu lt. BMF-Dokumentation, a.a.O).

Bundeskanzler und Finanzminister müssen also entweder ihre propagandistischen Überspitzungen korrigieren oder exakt nachweisen, was in der deutschen Haushaltslage **vergleichsweise in der EU** unzumutbar „aus dem Ruder läuft“. Ihrer Logik nach wäre die EU-11-Verschuldung nebst zugehöriger Zinslast dann noch weitaus katastrophaler - wenn so ein Ausdruck überhaupt steigerungsfähig ist. Und so eine „Finanzkatastrophen“-Gemeinschaft hat dann den Mut, eine Währungsunion zu etablieren. Hat man schon vergessen, welchen Rang an Konsolidierung die Deutsche Bundesbank 1998 den EU-11-Staaten zuerkannte?

Die Bundessteuereinnahmen im 1. Halbjahr 1999 haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 15,4 Mrd. DM erhöht. Setzt sich dies im 2. Halbjahr fort, kumuliert sich der Effekt auf mehr als das Doppelte bis zum

Jahresende, und dies kommt als Zuwachs 1999 dem Planansatz im laufenden Bundeshaushalt gleich. Doch selbst damit liegen alle Bundessteuereinnahmen für 1999 noch 7 Mrd. DM **unter** dem Stand von 1994 (!).

Was bedeutet es nun, den Bundeshaushalt durch straffe Kürzungen auf der Ausgabenseite in nur vier Jahren (von 2000-2003) um 150 Mrd. DM zu „sanieren“?

Zunächst fällt auf, daß die mittelfristige Haushaltsplanung 2000-2003 vorsieht, die Investitionen des Bundes kontinuierlich zurückzuführen:

Mrd. DM je Jahr	2000	2001	2002	2003
Minderung der Bundesinvestitionen	- 0,6	- 1,6	- 1,0	- 1,5

(Quelle: BMF, Mittelfristige Finanzplanung)

Diese Rücknahme der Investitionen kumuliert von 1999 bis 2003 auf ca. 5 Mrd. DM und löst bereits eine negative Multiplikator-Wirkung auf das Wirtschaftswachstum aus. Die Folge dessen sind spezielle Einnahmeverluste bei Steuern und Abgaben hieraus.

Nachstehend einige ausgewählte weitere **Kürzungen** der Bundesaussgaben lt. Mittelfristigem Finanzplan 2000 bis 2003:

Mrd. DM	1999	2003	Kürzung
Arbeitsmarkt	43,3	22,3	21,0
Familienpolitische Leistungen	8,7	8,0	0,7
Wohngeld	4,0	2,1	1,9
Sonst. Maßn. für Sozialleistungen	7,4	4,7	2,7
Mittelstand/ industriennahe Forschung.	2,2	1,3	0,9
Regionale Wirtschaftsförderung	10,1	8,6	1,5
Wohnungs- und Städtebau	4,6	3,0	1,6

(Quelle: BMF, Mittelfristige Finanzplanung)

Der Schwerpunkt dieser Kürzungen liegt also eindeutig im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich, speziell bei der Finanzierung für die Entlastung des Arbeitsmarktes. Aber auch regionale und kommunale Wirtschaftsbereiche sind von gezielten Kürzungen betroffen.

Allerdings ist bemerkenswert: Während sich die Zinslast 1999/2003 um 8,6 Mrd. DM erhöht und die Nettokreditaufnahme sich in dieser Zeit um 23,1 Mrd. DM reduziert - zusammen ergibt dies 31,7 Mrd. DM - sinken die o.a. gesamten Sozialleistungen um 26,3 Mrd. DM und die öffentlichen Bundesinvestitionen um 5,0 Mrd. DM - was zusammen 31,3 Mrd. DM Kürzungen ergibt. Dies bestätigt u.a. die vorrangige Gegenfinanzierung des „Konsolidierungsvolumens“ 1999/2003 über die Arbeitsmarkt- und Sozialkürzungen.

Bereits 1994 hatte das DIW seine Sichtweise verdeutlicht: „...will der Finanzminister dagegen die Nettokreditaufnahme um 10 Mrd. DM senken, muß er ein Sparpaket mit einem Volumen von 20 bis 30 Mrd. DM auflegen.“ (DIW-Wochenbericht Nr. 21/94, S. 346/347) Für die Absenkung der Nettokreditaufnahme um o.a. 23,1 Mrd. DM wäre danach ein „Sparpaket“ von ca. 58 Mrd. DM logisch begründbar.

Die von der Bundesregierung angestrebte langfristige Absenkung der Nettokreditaufnahme des Bundes **auf Null** muß also weitere rigide Kürzungsrunden der Ausgaben auch nach 2003 erzwingen, wenn kein hierfür entlastender Zuwachs von der künftigen Steuerseite eintritt: z.B. durch Gewinn- oder aber durch Mehrwertsteuern. Selbst hiervon abgesehen, würde sich daraus sogar ergeben, daß später schrittweise die Bundes-Investitionen immer mehr bzw. **nur noch durch Steuern** finanziert werden müßten. Dies stellt einen

Bruch mit der über 30-jährigen legalisierten Praxis der reinen Kreditfinanzierung für Bundesinvestitionen in Aussicht.

Der bekannte USA-Ökonom **Lester C. Thurow** bemerkt dazu generell für die USA: „Durch die langfristige Tilgung der Zinsen und des Kredites werden künftige Nutzer (öffentlicher Investitionen) gezwungen, sich an den Investitionskosten zu beteiligen.“ - also wäre es demnach geradezu „gerecht“, hieraus folgende Belastungen auch auf die künftigen Generationen zu verteilen. (L.C.Thurow, „Die Reichtumspyramide“, Metropolitan 1999, S. 174)

In der Öffentlichkeit wird der Sparkurs so interpretiert oder suggeriert, **als ob** die rot-grüne Bundesregierung nach dem Abbau der jährlichen Neuverschuldung **auf Null** dann auch die kumulative Staatsschuld selbst stark reduzieren will, weil sich ja erst dadurch die **absoluten** Zinslasten (die ja vorerst noch weiter steigen) verringern ließen. Diese Fortsetzung einer „Konsolidierung“ würde jedoch an die Grenzen aller denkbaren Kürzungspotentiale im Sozialbereich stoßen.

Damit offenbart sich der Hintersinn der „Kürzungssorgie“: Unter dem Vorwand einer unzumutbaren Belastung mit wachsenden Schuldzinsen wird ein krasser Sozialabbau eingeleitet, der einseitig und **härter sowie ungerechter** wirkt als die Zinslast (in Relation zum BIP) selbst. Von diesem Sozialabbau sind rigoros und gleichermaßen jene Teile der jetzigen und der kommenden Generationen betroffen, die nicht von eigenem Geldvermögen zehren könnten.

Die **Alternative** zum Kurs auf die radikale Kürzung der Bundesausgaben kann nur darin bestehen, den kontinuierlichen Anstieg der Gesamt-Steuereinnahmen im Verhältnis zum Wachstum des BIP oder des jährlichen Volkseinkommens zu gewährleisten und dabei auf einen international vergleichbaren Belastungs-Standard zu orientieren.

Jedes Prozent **Rückgang** der Quote aller Steuern am Volkseinkommen bedeutet z.Z. einen Einnahmeverlust von ca. 30 Mrd. DM. Gegenüber 1994 sind bis 1998 aus diesem Grunde ca. 110 Mrd. DM verminderte Steuereinnahmen im Gesamthaushalt entstanden.

Im internationalen Vergleich wird die **Steuerquote** am BIP gemessen, und die vorliegenden Daten zeigen: Die Steuerquote (ohne Sozialabgaben) lag 1997 in Deutschland bei 21,9 % und in der Schweiz bei 21,5 % des BIP. In 15 anderen Staaten Europas (einschl. Norwegens) lag die Steuerquote aber deutlich **höher**, darunter in Großbritannien (29,3 %), Luxemburg (33,8 %), Schweden (37,4 %), Finnland (35,4 %), Österreich (29,2%), Italien (29,8 %), Frankreich (26,9 %) und den Niederlanden (25,7 %).

Diese Situation auf der Steuerseite des Haushalts ist also eine wesentliche Ursache der angeblich schon „katastrophalen Finanzlage“ der Bundesrepublik. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf das immerwährende Drängen neoliberaler Exponenten zu weiteren „Steuersenkungen“ in Deutschland.

Abschließend noch ein Blick auf die **Abgabenquote** insgesamt (Steuern und Sozialabgaben). Hier lag Deutschland 1997 bei 40,2 % des BIP. Ungünstiger lagen 9 Staaten Europas (einschließlich Norwegens), darunter Belgien (46,5 %), Frankreich (46,1 %), Italien (44,9 %), Finnland (47,3 %), Schweden (53,3 %), Österreich (44,4 %), Niederlande (43,4 %) und Luxemburg (45,6 %). Auch aus diesem Vergleich resultiert nichts, was auf eine dramatische Situation **speziell** der Bundesrepublik schließen ließe.

Es bleibt zu hoffen, daß die rot-grüne Bundesregierung am Beginn wenigstens ein wenig lernfähiger ist als die Vorgängerregierung an ihrem Ende. Dazu gehört in Anbetracht der oben dargelegten Fakten auch ihr Wille zur „political correctness“.

Kürzlich hat sich der USA-Ökonom Professor **Paul Krugman** im "Spiegel" Nr. 33/99 mit folgender Kritik an den Bundesfinanzminister gewandt:

"Kurzfristig wird Eichels Konsolidierungspolitik die Arbeitslosigkeit aber nicht beseitigen, sondern erhöhen. Durch das Sparpaket fallen 30 Mrd. Mark an volkswirtschaftlicher Nachfrage weg. Wer soll die ersetzen?" (S. 91) Von 2000 bis 2003 würden dies aber schon 150 Mrd. DM wegfallende staatliche Nachfrage infolge der Kürzungen auf der Ausgabenseite des künftigen Bundeshaushalts sein.

Diese Kürzungswelle setzt sich aber mehr oder weniger wuchtig auch in den Landes- und Gemeindehaushalten in den kommenden Jahren fort. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen hieraus in Form von gedämpfter Binnennachfrage sind also absehbar.

Aus diesen Gründen ist der Horror von einer „katastrophalen“ Finanzlage zurückzuweisen. Die Rückführungen der Neuverschuldung könnten nur nach Maßgabe eines hierfür anteilig belasteten echten Zuwachses der Steuereinnahmen sinnvoll vorgenommen werden, **sofern die künftige Steuerfinanzierung der öffentlichen Investitionen dabei noch sichergestellt wäre.** Anderenfalls sollte es vorerst bei einer Stabilisierung der Steuerquote am BIP bleiben, die mit einer Stabilisierung der Zins-Steuerquote kombinierbar wäre.